

Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher-
und Klimaschutz IV E 15
Am Kölnischen Park 3, 10179 Berlin

Geschäftszeichen (bitte angeben)
IV E 15

Herr Schaefer

Tel. +49 30 9025-1565
michael.schaefer@senuvk.berlin.de
elektronische Zugangsöffnung ge-
mäß § 3a Absatz 1 VwVfG

Rungestraße 29,
Zugang: Am Kölnischen Park 3,
10179 Berlin

24. Februar 2022

**Feststellung über das Unterbleiben einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)
gemäß § 5 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG) für das
„Straßenbahnvorhaben Haltestelle S-Bahnhof Friedrichshagen“
in dem Bezirk Treptow-Köpenick von Berlin**

AZ: SenUMVK IV E1 / 2021-0039

Antrag der SRS vom 20.12.2021,


Verfahrensleitende Verfügung

Für das o.g. Vorhaben wird gemäß § 5 i.V.m. § 7 UVPG festgestellt, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Begründung

Das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) ist gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 auf alle in Anlage 1 aufgelisteten Vorhaben anzuwenden. Der Umbau der Straßenbahnstrecke ist ein Änderungsvorhaben nach § 2 Abs. 4 Nr. 2 UVPG nach Maßgabe der Anlage 1 und erfüllt den Tatbestand der Nr. 14.11 der Anlage 1 zum UVPG. Das Vorhaben unterliegt damit der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls nach § 9 Abs. 3 UVPG. Die Allgemeine Vorprüfung wird als überschlägige Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 der UVPG aufgeführten Kriterien durchgeführt. Hierbei wird ermittelt, ob das Änderungsvorhaben nach Einschätzung der Behörde erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann, die nach § 25 Abs. 2 bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären. Sofern das geplante Änderungsvorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann, besteht eine UVP-Pflicht.

Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität; Verbraucher- und Klimaschutz, Rungestraße 29, 10179 Berlin

 barrierefreier Zugang über Am Kölnischen Park 3

Verkehrsanbindung: U2 Märkisches Museum; U8 Jannowitzbrücke, Heinrich-Heine-Straße; S3, S5, S7, S9 Jannowitzbrücke; Buslinien 147, 165, 265 U-Bhf. Märkisches Museum

Berliner Sparkasse DE25 1005 0000 0990 007600

Postbank Berlin DE47 1001 0010 0000 058100

Bundesbank, Filiale Berlin DE53 1000 0000 0010 001520

Das Vorhaben umfasst die Erweiterung der bestehenden Straßenbahnanlage um ein Gleis am westlichen Straßenrand der Dahlwitzer Landstraße. Hier sieht das Vorhaben eine etwa 30 m lange barrierefreie Haltestelle vor, wodurch in unmittelbarer Nähe zum S-Bahnhof Friedrichshagen ein Fahrgastwechsel ermöglicht wird. An beiden Enden der Haltestelle quert das als Schleife angeordnete zusätzlich Gleis die Fahrbahn der Dahlwitzer Landstraße in Form von Gleisbögen. Mit dem Vorhaben geht eine Neuaufteilung des Straßenraumes einher. Stellplätze werden Verdrängt und an anderer Stelle zum Teil ausgeglichen. Zur Entwässerung des Straßenlandes werden Mulden angelegt. Durch das Vorhaben wird die vorhandene Radverkehrsanlage verdrängt, wodurch die dauerhafte Inanspruchnahme eines Teils der angrenzenden Grünfläche, die zum Teil als Gartendenkmal unter Schutz steht, mit dem Vorhaben verbunden ist. Bei dem Vorhaben handelt es sich um eine Maßnahme zur Verbesserung der Umsteigesituation. Das Vorhaben sieht auch den Rückbau eines mit Umsetzung des Vorhabens nicht mehr benötigten Aufstellgleises vor.

Im Rahmen der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles wurde nach überschlägiger Prüfung der vorliegenden Unterlagen (Erläuterungsbericht, Übersichtskarte, Lagepläne, Querschnitte, Bauwerkspläne und -verzeichnis, Grunderwerbspläne und -verzeichnis, Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP), vorhabenbezogene Einzelfallprüfung der Vorhabenträgerin, Schalltechnisches Gutachten, Verkehrstechnische Untersuchung sowie ein Entwässerungskonzept) und unter Berücksichtigung der in Anlage 3 aufgeführten Kriterien gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 3 UVPG von Amts wegen festgestellt, dass von dem Vorhaben nach § 9 Abs. 3 UVPG keine entscheidungserheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die nach § 25 Abs. 2 UVPG zu berücksichtigen wären. Bei der Vorprüfung wurde des Weiteren berücksichtigt, inwieweit Umweltauswirkungen durch die von der Trägerin des Vorhabens vorgesehenen Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen offensichtlich ausgeschlossen werden.

Betroffen sind folgende Schutzgüter:

Mensch, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Wasser, Landschafts- bzw. Stadtbild und kulturelles Erbe nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 UVPG.

Bei alleiniger Betrachtung des Schienenverkehrs weisen die Prognoseberechnungen für die nächstliegende Bebauung, den S-Bahnhof Friedrichshagen, eine Steigerung der Lärmbelastung von 5,7 dB(A) auf 45,8 dB(A) am Tag (6:00 Uhr bis 22:00 Uhr) und um 5,6 dB(A) auf 41,9 dB(A) für die Nacht 22:00 Uhr bis 6:00 Uhr). Auch der anschließende Kurpark ist mit einer Zunahme der Lärmbelastung von 4,9 dB(A) auf bis zu 42,7 dB(A) von der Maßnahme betroffen. Die weitere Bebauung ist mit einer alleine durch die Straßenbahn zu verantwortende Zunahme der Lärmbelastung um bis zu 0,3 dB(A) auf bis zu 48,9 dB(A) am Tag und 45,1 dB(A) in der Nacht nur gering betroffen. Die Immissionsgrenzwerte für Mischgebiete

und für allgemeine Wohngebiete in Höhe von 64 dB(A) bzw. 59 dB(A) am Tag und 54 dB(A) bzw. 49 dB(A) in der Nacht werden damit eingehalten. Mit dem Vorhaben wird der vorhandene Pflasterdeckenschluss der Fahrbahn durch einen Asphaltbelag ersetzt, wodurch bei der Betrachtung der Gesamtverkehrslärmbelastung an allen Immissionsorten keine Zunahme der Lärmbelastung zu erwarten ist. An einzelnen Immissionsorten ist mit dem Vorhaben gar eine Reduzierung der Gesamtlärmbelastung um bis zu 1,9 dB(A) zu rechnen.

Bauzeitlich ist grundsätzlich mit einer erhöhten Lärmbelastung zu rechnen, wobei die Arbeiten ausschließlich am Tage stattfinden. Während der Bauzeit ist mit einer Überschreitung der Anhaltswerte nach AVV-Baulärm zu rechnen. Die Höhe und Dauer der Lärmbelastung wird über geeignete technisch und wirtschaftlich vertretbare Schallschutzmaßnahmen auf ein Mindestmaß beschränkt.

Mit dem Star und der Gartenrotschwanz wurden im Gebiet des Vorhabens 2 Vogelarten der Roten Liste Deutschland nachgewiesen. Das untersuchte Gebiet dient ihnen als Brut- und Nahrungshabitat. Bei den Fledermäusen wurden die Breitfladermaus, der Große Abendsegler und die Zwergfledermaus bei der Jagd in größerer Zahl beobachtet. Reptilien, wie die Zauneidechse, Amphibien und Wirbellose, wie z.B. der Große Heldbock wurden hier nicht nachgewiesen und deren Vorkommen sind aufgrund der fehlenden Biotopstruktur nicht zu erwarten. Die Empfindlichkeit der Fauna (Tiere) gegenüber Veränderungen ist im Untersuchungsraum aufgrund der vorhandenen Biotopstrukturen und der starken Belastung durch anthropogene Störeffekte wie Lärm und Schadstoffe daher im Allgemeinen nur gering ausgeprägt. Ausnahme hiervon bilden mögliche Beeinträchtigungen von Brutvögeln und Fledermäusen. Bedingt durch Baumaßnahmen und Baumfällungen besteht bei den Fledermäusen die Gefahr des Jagdgebietsverlustes und der Zerschneidung von Flugrouten, aber auch die Beeinträchtigung von Brutvögeln. Großräumige Lebensräume sind von dem Vorhaben nicht betroffen. Aufgrund der Vorbelastung des Gebietes und der Umsetzung von Vermeidungsmaßnahmen sind durch das Vorhaben dauerhaft als auch baubedingt keine erheblich nachteiligen Auswirkungen auf die Fauna zu erwarten.

Für das Vorhaben werden 11 Bäume gefällt und 506 m² Gehölz- und Vegetationsfläche (Bodendecker / Strauchpflanzung / Heckenpflanzung / Scherrasen) beansprucht. Insgesamt werden vorhabenbedingt etwa 840 m² unversiegelte Fläche versiegelt und 133 m² teilversiegelt. Dem gegenüber steht die Entsiegelung der Parkhafen im Bereich der künftigen Entwässerungsmulden (ca. 270 m²), die Erstellung von ca. 250 m² Rasengleis, der Rückbau der vorhandenen Haltestelle (ca. 190 m²), die Entsiegelung der Fläche im Bereich des entfallenden Aufstellgleises und die Pflanzung von 8 Ersatzbäumen (4 Ulmen, 4 Obstbäume). Durch Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen können die Eingriffe auf das notwendigste beschränkt werden.

Die Baumaßnahme befindet sich in einem Trinkwasserschutzgebiet. (Wasserschutzzone III A). Zur Entwässerung der Fahrbahn sind Entwässerungsmulden vorgesehen. Im Bereich der Fahrleitungsmaste kann die Gründung bis in das Grundwasser reichen. Dauerhaft sind von dem Vorhaben keine umwelterheblichen Stoffeinträge in Böden oder Gewässer zu erwarten. Durch die Arbeiten ist weder eine Beeinträchtigung der Grundwasserqualität noch eine Ablenkung von Grundwasserströmen zu erwarten. Beeinträchtigungen von Boden oder Grundwasser durch den Eintrag von Kraft- oder Schmierstoffen werden durch Schutzmaßnahmen vermieden.

Mit der Umgestaltung des Straßenraumes durch den Bau der Straßenbahn einschließlich der Fahrleitungsanlage und der damit verbundenen Fällung von Bäumen wird das Landschafts- bzw. Stadtbild verändert. Auch greift das Vorhaben in das Gartendenkmal „Reit- und Kurpark Friedrichshagen“ ein. Der Eingriff in das Gartendenkmal erfolgt am Rand der Anlage und stellt keine wesentliche Beeinträchtigung des Denkmals dar. Die optische Wahrnehmbarkeit der Veränderung des Stadt- bzw. Landschaftsbildes beschränkt sich auf das nahe Umfeld.

Das Ergebnis der Einzelfallprüfung ist nach § 5 Abs. 2 UVPG öffentlich bekannt zu machen. Die Begründung nach § 5 Abs. 2 UVPG und die der Entscheidung zu Grunde liegenden Unterlagen sind der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz, Dienstgebäude Rungestraße 29, Zimmer Ru 419, (Zugang über Am Köllnischen Park 3) 10179 Berlin, sowie im UVP-Portal des Landes Berlin öffentlich zugänglich. Die Einsichtnahme der Unterlagen in den Räumen der Senatsverwaltung kann nur nach vorheriger Vereinbarung eines Termins per Telefon oder E-Mail bei der Planfeststellungsbehörde unter der Rufnummer 030/9025-1565 oder unter michael.schaefer@senuvk.berlin erfolgen. Es sind die jeweils aktuellen am Tag der Einsichtnahme geltenden Bestimmungen hinsichtlich der Öffnungszeiten, Zutritts- und Abstandsregeln sowie Hygienevorschriften zu beachten.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung gemäß § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbstständig anfechtbar ist.

Im Auftrag

Wanzek
Leiter der Planfeststellungsbehörde

**Feststellung über das Unterbleiben einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)
gemäß § 5 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG) für das
„Straßenbahnvorhaben Haltestelle S-Bahnhof Friedrichshagen“
in dem Bezirk Treptow-Köpenick von Berlin**

Bekanntmachung vom 22.02.2022

SenUMVK IV E 1 / 2021-0039

Telefon: 9025-1565 oder 9025-0, intern 925-1565

Mit Schreiben vom 20.12.2021 beantragte die Schöneicher-Rüdersdorfer Straßenbahn GmbH, Dorfstraße 15, 15566 Schöneiche im Rahmen des oben angegebenen Bauvorhabens die Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens zu dem Vorhaben nach § 28 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG).

Das Vorhaben umfasst die Erweiterung der bestehenden Straßenbahnanlage um ein Gleis am westlichen Straßenrand der Dahlwitzer Landstraße. Hier sieht das Vorhaben eine etwa 30 m lange barrierefreie Haltestelle vor, wodurch in unmittelbarer Nähe zum S-Bahnhof Friedrichshagen ein Fahrgastwechsel ermöglicht wird. An beiden Enden der Haltestelle quert das als Schleife angeordnete zusätzlich Gleis die Fahrbahn der Dahlwitzer Landstraße in Form von Gleisbögen. Mit dem Vorhaben geht eine Neuaufteilung des Straßenraumes einher. Stellplätze werden Verdrängt und an anderer Stelle zum Teil ausgeglichen. Zur Entwässerung des Straßenlandes werden Mulden angelegt. Durch das Vorhaben wird die vorhandene Radverkehrsanlage verdrängt, wodurch die dauerhafte Inanspruchnahme eines Teils der angrenzenden Grünfläche, die zum Teil als Gartendenkmal unter Schutz steht, mit dem Vorhaben verbunden ist. Bei dem Vorhaben handelt es sich um eine Maßnahme zur Verbesserung der Umsteigesituation. Das Vorhaben sieht auch den Rückbau eines mit Umsetzung des Vorhabens nicht mehr benötigten Aufstellgleises vor.

Für die Umsetzung des Vorhabens werden 11 Bäume gefällt, etwa 500 m² Gehölz- und Vegetationsfläche beansprucht, etwa 840 m² unversiegelte Fläche versiegelt und etwa 135 m² teilversiegelt. Im Gebiet des Vorhabens wurden 2 Vogelarten der Roten Liste Deutschland nachgewiesen. Fledermäuse wurden in größerer Zahl beobachtet. Reptilien und Wirbellose wurden nicht nachgewiesen und deren Vorkommen ist aufgrund der fehlenden Biotopstruktur nicht zu erwarten. Aufgrund der Vorbelastung des Gebietes und der Umsetzung von Vermeidungsmaßnahmen sind durch das Vorhaben dauerhaft als auch baubedingt keine erheblich nachteiligen Auswirkungen auf die Fauna zu erwarten. Die Baumaßnahme befindet sich in einem Trinkwasserschutzgebiet. (Wasserschutzzone III A).

Mit der Umgestaltung des Straßenraumes durch den Bau der Straßenbahn einschließlich der Fahrleitungsanlage und dem Eingriff in die Natur wird das Landschafts- bzw. Stadtbild verändert. Auch greift das Vorhaben in das Gartendenkmal „Reit- und Kurpark Friedrichshagen“ ein. Die optische Wahrnehmbarkeit der Veränderung des Stadt- bzw. Landschaftsbildes beschränkt sich auf das nahe Umfeld. Dauerhaft ist mit dem Vorhaben keine Zunahme der Verkehrslärmbelastung verbunden. Bauzeitlich ist durch das Vorhaben eine Zunahme der Lärmbelästigung zu erwarten.

Für das vorliegende Änderungsvorhaben erfolgte nach § 9 Abs. 3 Satz 1 UVPG i.V.m. Nummer 14.11 der Anlage 1 UVPG eine allgemeine Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht, um zu ermitteln, ob das Änderungsvorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann.

Im Rahmen dieser allgemeinen Vorprüfung wurde nach überschlägiger Prüfung der vorliegenden Unterlagen (Erläuterungsbericht, Lagepläne, vorhabenbezogene Einzelfallprüfung der Vorhabenträgerin, Schalltechnisches Gutachten sowie Baulärmgutachten) und unter Berücksichtigung der in Anlage 3 aufgeführten Kriterien gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 3 UVPG von Amts wegen festgestellt, dass von dem Änderungsvorhaben nach § 9 Abs. 3 UVPG keine entscheidungserheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die nach § 25 Abs. 2 UVPG zu berücksichtigen wären. Zudem werden von der Vorhabenträgerin Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen umgesetzt, die die vorgesehenen Beeinträchtigungen vermindern, sodass die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist.

Die der Entscheidung zugrundeliegenden Unterlagen sowie deren Begründung sind der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz, Dienstgebäude Rungestraße 29, Zimmer Ru 419, (Zugang über Am Kölnischen Park 3) 10179 Berlin, sowie im UVP-Portal des Landes Berlin öffentlich zugänglich. Die Einsichtnahme der Unterlagen in den Räumen der Senatsverwaltung kann nur nach vorheriger Vereinbarung eines Termins per Telefon der E-Mail bei der Planfeststellungsbehörde unter der Rufnummer 030/9025-1565 oder unter michael.schaefer@senuvk.berlin erfolgen. Es sind die jeweils aktuellen am Tag der Einsichtnahme geltenden Bestimmungen hinsichtlich der Öffnungszeiten, Zutritts- und Abstandsregeln sowie Hygienevorschriften zu beachten.

Die Feststellung ist gemäß § 5 Abs. 3 S. 1 UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

Im Auftrag

Wanzek
Leiter der Planfeststellungsbehörde